

# Buchenblätter

BEILAGE DER FULDAER ZEITUNG FÜR HEIMATFREUNDE

Nummer 20

Montag, 28. Oktober 2013

86. Jahrgang

## Reichspogromnacht 1938 in Fulda

Das Schicksal der Fuldaer Juden im NS-Staat

Von Dr. Michael Imhof in Zusammenarbeit mit Joachim Schulz, Rudolf Zibuschka und Gerhard Renner

In Fulda und im Fuldaer Land bestanden zu Beginn des 20. Jahrhunderts große, im wirtschaftlichen und sozialen Gefüge der Stadt und Landkommunen akzeptierte jüdische Gemeinden mit z.T. bis ins Mittelalter zurückreichenden Traditionen. Im Jahre 1925 zählte sie in Fulda 1122 Mitglieder – immerhin 4,2 % der städtischen Gesamtbevölkerung. Der Bevölkerungsanteil in den Landgemeinden mit jüdischer Bevölkerung und jüdischer Infrastruktur, wie Synagoge und Schule, war bedeutend. So betrug er im Jahre 1924 in Burghaun 11,3 %, in Wüstensachsen 10,3 %, in Gersfeld über 8%, in Eiterfeld 7,5 %, in Tann 7,2 %, in Schmalnau 5,7 % und in Heubach 5 %, in Flieden 3,9 % und in Hünfeld 2,5 %.

Im katholischen Milieu der Region Osthessen fasste der militante Antisemitismus vor 1933 nur bedingt Fuß. Mit der Machtübernahme des Nationalsozialismus setzte allerdings, wie überall in Deutschland auch in der Region Fulda, die Diskriminierung, Ausgrenzung und gewalttätige Verfolgung der jüdischen Mitbürger ungemindert ein. Im Raum Fulda wurde durch antisemitische Ausschreitungen in Burghaun und Gersfeld direkt nach der Machtübernahme deutlich, dass die Nationalsozialisten ihre Machtposition rücksichtslos gegen die jüdische Bevölkerung ausnutzen würden. In Gersfeld sind mehrere Häuser jüdischer Bürger von SA-Leuten durchsucht und ihre Bewohner misshandelt worden. Ein jüdischer Geschäftsmann wurde durch Messerstiche schwer verletzt. Derartige planmäßig durchgeführten und von NSDAP-Stimmen als „spontane Einzelaktionen erregter Volksgenossen“ bezeichnete Übergriffe gab es während der ersten Jahre der NS-Diktatur in Fulda, Gersfeld, Tann, Wüstensachsen, Burghaun, Wehrda,



Jüdische Geschäfte werden geächtet. Fuldaer Nachrichten vom 7.9.1933

Rhina, Bad Salzschlirf und in Mansbach, alles Orte mit einer jüdischen Gemeinde.

### 1933–1935

#### Ausgegrenzt und boykottiert.

Hitler und seinen Gefolgsleuten waren über Nacht, spätestens jedoch nach der Verabschiedung des ERMÄCHTIGUNGSGESETZES vom 24.3.1933, die Machtmittel in die Hand gegeben worden, die vorher in Schriften, Programmen und Reden angekündigten Ziele in die Tat umzusetzen. Von nun an lag das Bestreben der Nationalsozialisten in Partei und Staat darin, ihre Verbrechen an den Juden mittels eigens dafür geschaffener Gesetze und Verordnungen zu legitimieren, d. h. die Einkleidung einer gegen jede Menschlichkeit verstoßenden Politik in einen formalgesetzlichen Rahmen, der die Täter schützte und ihre Opfer wehrlos machte. Bereits kurz nach der Machtübertragung wurden jüdische Beamte – ebenso wie politisch Andersdenkende – im Rahmen des GESETZES ZUR WIEDERHERSTELLUNG DES

BERUFSBEAMTENTUMS aus dem öffentlichen Dienst entfernt. Gemäß der ERSTEN VERORDNUNG ZUR DURCHFÜHRUNG DES GESETZES ZUR WIEDERHERSTELLUNG DES BERUFSBEAMTENTUMS vom 11.4.1933 hatten Bedienstete der Stadt Fulda mittels eines Fragebogens zu erklären, ob sie „arisch“ oder „nichtarisch“ waren. Auch Putzfrauen hatten eine entsprechende Erklärung abzugeben. Wie im ganzen Reich, wurden auch in Fulda freischaffende Ärzte, Rechtsanwälte, Künstler in ihrer Berufstätigkeit behindert bis hin zu Berufsverboten und aus berufsständischen Organisationen und Verbänden ausgeschlossen. Als erster Höhepunkt der Ausgrenzungspolitik fand am 1.4.1933, einem Sabbat, der Boykott jüdischer Geschäfte statt. Tilly Eisenstein und Else Admoni, geb. Goldschmidt, aus Fulda berichten: „An gewissen Geschäften konnte man wegen des Geruchs überhaupt nicht vorbeigehen. Die Nazis hatten die Fenster eingeschlagen und Stinkbomben hineingeworfen.“ und „In der

Zeit des Boykotts ist man besser zu Hause geblieben; man ging möglichst nicht auf die Straße. Vor unserem Geschäft standen SA-Leute und haben keinen Kunden mehr hineingelassen. Unsere Stammkunden blieben uns jedoch treu und sind durch den Hintereingang zu uns ins Geschäft gekommen. Auf dem gleichen Wege haben sie es auch wieder verlassen. Als mein Vater jedoch mit der Zeit merkte, dass das Geschäft nicht mehr weiter zu betreiben war, hat er es im November 1935 an gute Bekannte zu einem symbolischen Preis verkauft.“ (1)

Die „Fuldaer Zeitung“, seit ihrer Gründung am 1. Januar 1874 ein Blatt des politischen Katholizismus und seiner Partei, des Zentrums, beteiligte sich an diesem Boykott nicht. Auch weiterhin veröffentlichte sie distanzierte, gegen Ideologie und Auftreten der Nazis gerichtete Artikel und ließ regelmäßig Werbeanzeigen jüdischer Geschäfte erscheinen, z.B. von Wertheim, Baer, Leopold Eschwege, Wallach, Leo Stern, Füllgrabe, Stiebel, Selma Süskind, Eschwege & Co., Springmann, Katz & Sohn. In Anknüpfung an den Boykotttag vom 1.4.1933 wurde jüdischen Gewerbetreibenden die Teilnahme am lokalen Wirtschaftsleben von NSDAP-Parteikreisen zunehmend erschwert. Die Stadt Fulda oder die Industrie- und Handelskammer gaben Auskunft über den „arischen“ oder „nichtarischen“ Charakter einer Firma. „Arische“ Geschäftsleute bekannten sich in eidesstattlichen Versicherungen zum „arischen“ Status ihres Geschäftes, verbunden mit der offen vorgebrachten Hoffnung, dass nun die jüdischen Geschäftskonkurrenten vom Markt verdrängt würden. Flankierend veröffentlichten die „Fuldaer Nachrichten“, eine Beilage des nationalsozialistischen Parteiorgans „Kurahessische Landes-

zeitung“, am 7.9.1933 unter dem Titel „Meidet die jüdischen Geschäfte!“ eine nach Branchen sortierte Auflistung derjenigen Fuldaer Geschäfte, die von Juden geführt wurden. Insgesamt 115 Betriebe, Geschäfte, Arzt- oder Anwaltspraxen waren dort genannt. Vergleichbare Listen wurden auch für Hünfeld, Gersfeld und Wüstensachsen erstellt (2). Wer den damit verbundenen Hinweis, den „Juden nicht einen Pfennig zu bringen“, ignorierte, fand sich in derselben Zeitung bald öffentlich angeprangert (3).



Das Leben in Stadt und Landkreis Fulda sowie den Nachbarkreisen wurde für die jüdischen Mitbewohner zunehmend unerträglicher. Immer wieder hat man ihnen Fensterscheiben eingeworfen, sie angerempelt und bedroht, mussten sie Schmierereien an ihren Häusern oder Geschäften hinnehmen. Schutz seitens der Staatsgewalt war nicht zu erwarten.

Schnell bekamen nach der Machtübertragung an die Regierung Hitler jüdische Kinder und Schüler die wachsende feindliche Stimmung ihrer Umwelt bzw. ihrer christlichen Nachbarn und ehemaligen Schul- und Spielkameraden zu spüren. „Bis zu einem gewissen Zeitpunkt waren wir befreundet. Wir haben uns untereinander eingeladen und sind zusammen gewesen. Wir haben zusammen Schulaufgaben gemacht und gespielt. Aber auf einmal war alles aus.“, so Tilly Eisenstein. „In der Schule hat man uns Juden psychologisch und auf der Straße dann physisch schikaniert. Man fühlte sich ständig gedemütigt und der Schikane hilflos ausgeliefert.“ berichtet Josef Goldschmidt, noch 50 Jahre später.

Arthur Levi erfuhr den antisemitischen Hass von seinem Sportlehrer: „In einer Turnstunde stand ich am Reck, als

ich plötzlich von hinten von meinem Lehrer einen Schlag bekam. Dadurch schlug ich mit dem Kopf an die Stange und erhielt eine stark blutende Wunde.“

1935-1938

**Ausbürgerung der „Nichtarier“ und Entziehung ihrer Lebensgrundlage:** Mit dem im September 1935 in Nürnberg durchgeführten Parteitag der NSDAP begann die 2. Phase der Verfolgung der jüdischen Staatsbürger, die reichsweit von einer Welle antisemitischen Hasses begleitet wurde. Der Parteitag verabschiedete mit den RASSE- UND STAATSBÜRGERGESETZEN das gesetzliche Fundament für die soziale Ausgrenzungspolitik gegenüber den Juden. Damit wurde die Aberkennung der bürgerlichen Rechte der Juden, soweit sie nicht schon vorher durch andere Unrechtsmaßnahmen erfolgt war, endgültig legalisiert. Wie im ganzen Reich mussten nun auch die städtischen Angestellten in Fulda angeben, ob sie mit einem „nichtarischen“ Partner verheiratet waren. „Jüdisch versippte Beamte sind nicht vorhanden“, meldete die Stadtverwaltung an den Regierungspräsidenten (4). Zugleich schwappte im Umfeld der NÜRNBERGER GESETZE im Reich und auch im Fuldaer Land eine neue Welle der Gewalt über die jüdische Bevölkerung. Abermals zerbarsten Fensterscheiben in Tann, wurde ein jüdischer Geschäftsreisender in Flieden überfallen, in Schmalfeld jüdisches Eigentum zerstört und der Judenfriedhof in Fulda wiederum verwüstet. Liebespaare wurden schon 1933 mit hämischer Gejohle von SA-Horden öffentlich durch die Straßen geführt (5). Die sich ausbreitende Angst unter der jüdischen Bevölkerung angesichts der Hetzkampagnen und Diffamierungen kann nur erahnt werden (6).

In Reaktion auf diese Gewalttaten stellten in Fulda 65 Personen Passanträge zur Emigration; somit konnte der Oberbürgermeister von Fulda schon 1935 einen erneuten „Drang



Aufmarsch uniformierter NS-Gruppen auf dem Platz vor der Fuldaer Stadtpfarrkirche, der nunmehr Adolf-Hitler-Platz hieß.



Foto: Stadtarchiv Fulda

der Juden nach dem Ausland“ feststellen. Als Fluchtziele wurden meist die USA, England und die Niederlande angegeben.

Boycott und Terror

Schon im Juni 1935 war der Fuldaer Viehmarkt zerschlagen worden. Ein von der NS-Kreisbauernschaft organisierter Schlägertrupp aus den Umlandgemeinden Dipperz, Dietershausen und Friesenhäuser überfiel den Viehmarkt und sprengte ihn. Die Schläger banden das Vieh los und trieben es auseinander, prügelten auf die Viehhändler und ihre Kunden ein und sorgten so für ein heillos Chaos. Bertl Stern, geb. Levi, aus der Metzgerei Moritz Levi „Am Stockhaus“ erinnert sich:

„Der Viehmarkt war für unser Einkommen sehr wichtig. An den Markttagen kamen die Viehhändler mittags und abends zu uns zum Essen. Sie nahmen natürlich auch Fleischwaren mit. Damit war es schlagartig vorbei, als der jüdische Viehmarkt zerschlagen wurde. (...) Noch schlimmer aber war das Schächtverbot. Großvieh durfte plötzlich nicht mehr auf jüdische Weise geschlachtet werden. (...) So ist das Geschäft meines Vaters offiziell kaputt gegangen.“(7)

Mit Beginn des Jahres 1936 setzte auch in Fulda die wirtschaftliche Demontage mit voller Kraft ein. Jüdische Geschäfte in Fulda wurden bereits 1935 mit einem roten Aufkleber „Jude“ versehen. Nichtjüdische Geschäfte verpflichtete man, die zusätzliche Bezeichnung „Deutsches Geschäft“ zu führen (8). In Zeitungsanzeigen wurde zunehmend auf den „arischen“ Charakter eines Geschäftes hingewiesen. Um den jüdischen

Geschäftsleuten vollends die Lebensgrundlage zu entziehen, forderte man die „Volksgenossen“ auf, nur in „deutschen“ Geschäften einzukaufen. Die nationalsozialistische Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation (NS HAGO) wurde beauftragt, die „Volksgenossen“ diesbezüglich zu überwachen. Erhebliche berufliche und gesellschaftliche Nachteile hatten diejenigen zu erwarten, die sich nicht an diese Forderungen und Bestimmungen der Nazis halten wollten. Nicht selten wurde man von anderen „Volksgenossen“ beobachtet und bei Partei- oder staatlichen Stellen denunziert, von denen dann die Belagerung folgte, „zukünftig jüdische Geschäfte“ zu meiden.

Um die amtliche Ausgrenzung der jüdischen Bevölkerung in Fulda für alle sichtbar zu machen, wurden 1937 im „Adressbuch der Stadt Fulda“ die jüdischen Bürger in einem „Verzeichnis der jüdischen Einwohner der Stadt Fulda“ ge-



sondert aufgeführt und ihre Geschäfte und Betriebe mit dem Vermerk „nicht arisch“ versehen. Die Geschäftsnamen wurden mit dem von jedem Juden zu tragenden Beinamen „Israel“ und Sara“ ergänzt.(9) Als Folge der nationalsozialistischen Bedrohungen im privaten und wirtschaftlichen Umfeld begannen sich nun – korrespondierend mit den Ausreisepässen – die Übergabe jüdischer Betriebe und Grundstücke an „arische“ Geschäftsleute und Privatpersonen zu häufen.

In ihrer Bewegungsfreiheit wurden die jüdischen Bürger immer mehr eingeschränkt. Nach einer Beschwerde des Fuldaer NS-Kreisleiters und Bürgermeisters Karl Ehser über das „Überhandnehmen und Breitmachen von Juden in städtischen Anlagen“ hat man ihnen den Aufenthalt im Schlossgarten und anderen städtischen Anlagen bald darauf untersagt. Das Betreten von Wäldern wie des am Rande Fuldas gelegenen Niesiger Waldes wurde ihnen ebenso verwehrt wie der Zugang zu Gaststätten, wo Juden „unerwünscht“ waren (10). Gleiches galt für den Besuch öffentlicher Bäder.

„Ich bin oft in der Rosenau baden gegangen. Als ich aber eines Tages wieder dort hinkam, stand dort ein Schild: ‚Für Juden verboten!‘... Samstagmittags waren wir oft im Schlossgarten. Eines Tages kamen Jungen und jagten uns von der Bank herunter... Sie haben die Bank hochgehoben und symbolisch saubergemacht, das war für die ein reines Vergnügen,“ berichtet Tilly Eisenstein.

Übertretungen von „Judenverordnungen“ hat man den NS-Behörden in der Regel zugetragen, das Denunziantenwesen hatte Hochkonjunktur. Das zwischenmenschliche Miteinander von „Volksgenossen“ und Juden wurde unterbunden. Zuwiderhandelnden „Volksgenossen“, die trotzdem „mit einer Judenfamilie in Verkehr“ standen und somit die „von einem deutschen Menschen“ zu erwartende „Charakterfestigkeit“ vermissen ließen, wurde mit Entlassung aus dem Staatsdienst oder der Schädigung der wirtschaftlichen Existenz gedroht (11).

*Wird fortgesetzt!*

#### Anmerkungen

- Zitate aus Zeitzeugen-Interviews (kursiv gesetzt) des HILF-Teams „Geschichtswerkstatt“ anlässlich des Besuchs ehemaliger jüdischer Bürger Fuldas 1987 auf Einladung von Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Hamberger in Fulda, Stadtarchiv Fulda.
- Fuldaer Nachrichten v. 11.9., 15.9. und 18.9.1933.
- Fuldaer Nachrichten v. 21.9. und 25.9.1933.
- Stadtarchiv Fulda, Best V/93.
- Fuldaer Nachrichten v. 6.9.1933.
- Vgl. Michael Imhof (Hg.): Juden in Deutschland, S. 202-207 und 209.
- Vgl. Michael Imhof (Hg.): Juden in Deutschland, S. 207-209.
- Vgl. Michael Imhof (Hg.): Juden in Deutschland, S. 209-211.
- Vgl. Michael Imhof (Hg.): Juden in Deutschland, S. 209-211.
- Stadtarchiv Fulda, Best. 9/291 und Fuldaer Volkszeitung v. 27.5.1948.
- Hess.Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Best. 520/FZ 1513 und Stadtarchiv Fulda, Best. 9/101.

## Nationalsozialistische Bauernpolitik in Großenbach

II)

Von Franz Josef Kircher



Plakate und Schilder der NS-Propaganda zur zentralisierten Agrarpolitik zwischen 1933 und 1945 nach alten Vorlagen. Repros: Bu

### Der Reichsnährstand

entstand im September 1933 als selbstständige Organisation aus dem „agrarpolitischen Apparat“ der NSDAP. Im Reichsnährstandsgesetz vom 13. September 1933 heißt es: „Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kann den Reichsnährstand oder einzelne seiner Gruppen ermächtigen, die Erzeugung, den Absatz, sowie die Preise und Preisspannen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu regeln, wenn dies unter Würdigung der Belange der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls geboten erscheint.“ Auf Grund des Gesetzes wurden alle Bauern, Landwirte und landwirtschaftlichen Genossenschaften zum Reichsnährstand unter Führung des Reichsbauernführers Darre zusammengeschlossen. Bestehende landwirtschaftliche Interessenverbände wurden gleich geschaltet oder aufgelöst. Der Reichsnährstand war der einzige Bauernverband, die einzige berufsständische Vertretung. Am 26. September 1933 wurde der starke Mann im Reichsnährstand, Richard Walther Darre, ermächtigt, die Getreidepreise festzusetzen. Die Hauptziele des Reichsnährstandes waren, für die Bauern stabile und vorteilhafte Preise zu sichern und Deutschland in der Ernährung autark zu machen, was aber nie gelang. In den ersten zwei Jahren der Naziherrschaft klappte es noch, die Erzeugerpreise um 20% anzuheben, dies wurde aber wieder aufgezehrt durch Teuerungen im Bereich Düngemittel und Maschinen. Es ist zu keiner Zeit gelungen, den Bauern durch ihre Einkommen

eine ähnlich hohe Einkaufskraft wie den Arbeitern und Angestellten der Industrie zu verschaffen. Die Einkommen in der Landwirtschaft waren immer schlechter als in der Industrie, und bedingt durch die Kriegsvorbereitungen wurden viele junge Leute in der Rüstungsindustrie benötigt, die auch ganz dringend in der Landwirtschaft gebraucht wurden. Aber auf Grund der besseren Verdienstmöglichkeiten gingen sie lieber in die Industrie, obwohl vieles unternommen wurde, die Abwanderung einzudämmen bis hin zu Verboten, die Höfe zu verlassen. Auf Grund ihres Systems war es dem Reichsnährstand möglich, den einzelnen Bauernhof total zu überwachen.

### Entschuldung

Wenn das Thema auf Schulden der Bauern im Dritten Reich kommt, heißt es fast immer: Ja, die Bauern hatten es gut, denen wurden alle Schulden von den Nazis abgenommen. Nein, so einfach und pauschal war es nicht.

Entschuldung ist keine Erfindung der Nazis, sondern war gängige Praxis schon in der Weimarer Republik. 1926 wurden die östlichen Gebiete Preußens mit 41 Millionen Reichsmark unterstützt. Im Jahre 1928 flossen noch einmal 60 Millionen Reichsmark in die Notgebiete Preußens. Der Preisverfall in der Agrarkrise machte sich zuerst bei den Großbetrieben bemerkbar, die Zahl der Zwangsversteigerungen in Ostpreußen stieg sprunghaft. Jetzt, 1930, griff Hindenburg persönlich ein, um den ostelbischen Junkern unter die Arme zu greifen. Das Osthilfe-

gesetz von 1931 sah die Entschuldung der Großbetriebe in Ostpreußen vor. Das Gesetz vom Mai 1931, ein paar Monate später, hatte Gültigkeit für alle Gebiete östlich der Elbe. 196 Millionen Reichsmark wurden insgesamt bewilligt. Es muss aber auch gesagt werden, dass viele Gelder nicht zur Tilgung der Schulden eingesetzt wurden, sondern zum Erhalt der standesgemäßen Lebensführung.

Aber die Verschuldung infolge der Agrarkrise in der deutschen Landwirtschaft griff weiter um sich, und so sahen es die Nazis als ihre große Pflicht an, der Verschuldung Einhalt zu gebieten und eine Entschuldung einzuleiten, um den Anforderungen der ausgerufenen „Erzeugungsschlachten“ zu entsprechen. Eine weiter um sich greifende Verschuldung gefährdete die landwirtschaftlichen Ziele der Nazis. Das Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse vom 1. Juni 1933 sah eine Entschuldung der gesamten deutschen Landwirtschaft vor. Der Antrag konnte nur bis zum Ablauf des 30. Juni 1934 gestellt werden. Grundsätzlich sollte es so sein, dass im Rahmen der Entschuldung alle bestehenden Forderungen in unkündbare Tilgungsforderungen umgewandelt und die Zinsen auf 4% gesenkt wurden. Hypotheken, die nicht mehr innerhalb der „Mündelsicherheitsgrenze“ (Beleihungsgrenze) lagen, konnten um 50% gekürzt werden. Zur Durchführung einer Entschuldung waren per Gesetz drei Möglichkeiten vorgesehen.

Der Hofbesitzer sollte mit Unterstützung versuchen, mit seinen Gläubigern eine für den

Hof tragbare Regelung zu finden. Wenn eine Regelung für die nicht mündelsicheren Schulden möglich war, konnte die Schuldenregelung durch ein Entschuldungsverfahren erfolgen. Die Ermäßigung der Zinsen auf 4% bzw. auf 4,5% und eine Umwandlung der Verbindlichkeiten in unkündbare Tilgungsforderungen war ausreichend, damit der Hof in Zukunft seine Belastungen aus dem erwirtschafteten Überschuss tragen konnte.

**Zwangsvergleich:** War die Verschuldung so hoch, dass die im Entschuldungsverfahren vorgesehenen Kürzungen nicht ausreichten, bestand die Möglichkeit, auch die nicht mündelsicheren Forderungen bis zu 50% zu kürzen.

Bei Höfen mit einem Einheitswert über 10.000 RM lag das Hauptgewicht auf der Umschuldung, während bei Betrieben unter 10.000 RM Einheitswert die Ablösung von Gläubigerforderungen im Mittelpunkt lag. Einen Antrag auf Entschuldung konnte der Bauer, aber auch der Kreisbauernführer stellen.

Den Kernpunkt bei der Erbhofentschuldung bildete sowohl die Schuldenkürzung als auch die Ablösung von Gläubigerforderungen. Bei der Barablösung durch den Staat galten für alle Erbhöfe die gleichen Bedingungen. Bei den nicht bar abgelösten Forderungen hatten die Erbhöfe eine sogenannte Erbhofentschuldungsrente, mit einer Laufzeit von 52 Jahren, die ins Grundbuch eingetragen wurde, an die Deutsche Rentenbankkreditanstalt zu zahlen. Die zu zahlenden Beiträge der Bauern ersetzte nur teilweise die vom Deutschen Reich gezahlten Ablössungssummen. Ab 1936 wurden die Erbhofbauern bei einer Entschuldung bevorzugter behandelt.

Die praktische Durchführung einer Entschuldung wurde getätigt durch die Entschuldungsämter, die Entschuldungsstellen und Organe des Reichsnährstandes. Das Entschuldungsamt wurde beim Amtsgericht unter Vorsitz eines Richters eingerichtet, die Entschuldungsstellen waren Kreditinstitute, die vom Entschuldungsamt ernannt wurden. Auch der Kreisbauernführer als Organ des Reichsnährstandes gab Beurteilungen ab. Es konnte seitens des Amtsgerichtes Hünfeld nicht mehr festgestellt werden, ob hier ein Entschuldungsamt installiert war, wahrscheinlich war im Oberlandesbezirk Kassel das Entschuldungsamt Bad Hersfeld für Hünfeld zuständig. Trotzdem gibt es in den Akten ein Beispiel für eine längere Laufzeit eines Kredi-

tes. Am 30.10.1938 schreibt ein Hofbesitzer an das Anerbengericht: *Das von mir im Jahre 1929 bei der Frankfurter Hypothekenbank in Frankfurt a.M. aus Mitteln der Deutschen Rentenbank-Kreditanstalt (4. Amerika-Anleihe) aufgenommene Darlehen von GM 8000 ist am 1. Februar 1938 zur Rückzahlung fällig geworden. Da mir eine Ablösung nicht möglich ist, hat mir das genannte Institut die Prolongation (Verlängerung) des am 15. Oktober 1937 noch verbliebenen Restkapitals von 6.507.04 GM des ursprünglichen Kapitals von GM 8000 laut anliegender Abschrift der Ergänzungsvereinbarung zur Goldmarkhypotheken-Schuldurkunde vom 8. April angeboten. Diese Vereinbarung ist seitens des Institutes im Interesse der Schuldner unter Mitwirkung und im Einvernehmen mit den zuständigen Reichsstellen getroffen worden. Ich bitte daher zum Zwecke der Eintragung der Ergänzungsvereinbarung im Grundbuche um die Genehmigung des Anerbengerichtes. Unterschrift des Hofbesitzers.*

Beschluss des Anerbengerichtes: *Das bei der Frankfurter Hypothekenbank aufgenommene Darlehen ist am 1. Februar 1938 zur Rückzahlung fällig geworden. Da der Antragsteller zur Rückzahlung des Darlehens nicht imstande ist, soll das Darlehen in ein langfristiges Darlehen umgewandelt werden. Die Umwandlung liegt im Interesse des Antragstellers und seines Hofes. Die Genehmigung zur Abänderung der Darlehensbedingungen als daher zu erteilen. Hünfeld, 27. Februar 1939.*

Das ist auch ein Beispiel dafür, wie die Anerbengerichte in die geldlichen Belange der Erbhöfe eingreifen.

Ein weiteres Beispiel ist ein Schreiben vom Amtsgericht Hünfeld an das Anerbengericht Hünfeld vom 12.01.1939 über einen ca. 10 ha großen Bauernhof in Großenbach:

*III. Veränderungen  
Nr. 8 – 2920 GM zu Gunsten der Landeskreditkasse  
Nr. 9 – 2000 GM zu Gunsten der Landeskreditkasse  
Nr. 10 – 2040 GM zu Gunsten der Landeskreditkasse  
Nr. 15 – 730 RM zu Gunsten des Spar- und Darlehenvereines  
Nr. 16 – 5370 RM zu Gunsten des Spar- und Darlehenvereines  
Nr. 17 – 70 RM zu Gunsten der Gemeinde Großenbach  
Auf Grund des Nachtragsersuchens des Entschuldungsamtes Hersfeld vom 22.10. 1938 wird die zu den oben stehenden Rechten auf Grund des Ersuchens vom 25. Juli 1938 am 4.*

*August 1938 eingetragene Veränderung berichtigt.*

Das Schreiben zeigt, dass das Entschuldungsamt Hersfeld mit dem oben genannten verschuldeten Bauernhof beschäftigt war. In einem anderen Zusammenhang steht, dass der gleiche Hofbesitzer 15,84 RM jährliche Entschuldungsrente für das Deutsche Reich für die Dauer von 30 Jahren bezahlte.

In einem anderen Fall erschien ein Bauer mit seiner Ehefrau am 7. September 1936 auf dem Amtsgericht in Hünfeld und erklärte: *Wir verzichten allgemein und ohne den Vorbehalt der Selbstentschuldung hiermit auf die Entschuldung.* Es erschien der Kreisbauernführer Salzmann der Domäne Fürsteneck. Er erklärte: *Ich verzichte hiermit allgemein ohne den Vorbehalt der Selbstentschuldung auf die Entschuldung des Bauern und seiner Ehefrau.*

Nun noch ein bisschen Statistik. Durch die Zahlen wird die ganze Sache relativiert.

Im Deutschen Reich, ohne Saarland, wurden ca. 150.500 Betriebe entschuldet. Das sind 4,9% aller Betriebe. Eine Entschuldung hatten 306.459 Betriebe beantragt, die Hälfte wurde nicht durchgeführt. Von 1933 bis 31.12. 1939 wurden 736,458 Millionen Reichsmark für die Entschuldung aufgewendet.

Unter anderem entfielen auf 66.997 Kleinbetriebe 157,468 Millionen RM und auf 23.874 Erbhöfe entfielen 211,935 Millionen RM, eine klare Bevorzugung der Erbhöfe.

Befanden sich die Bauern erst einmal unter dem „Rettungsschirm“ der Entschuldung, ließ bei vielen die Zahlungsmoral stark nach. Sie waren schlichtweg der Meinung, jetzt bräuchten sie nichts mehr zu bezahlen.

### Marktordnung und feste Preise

Die Bauern setzten nach der Agrarkrise in der Weimarer Republik große Hoffnungen in die Versprechungen der Nationalsozialisten, vom „Bauernreich“ wurde gesprochen. Aber die Erwartungen wurden nicht erfüllt. Hierzu einige Beispiele.

Die Getreideablieferungspflichten waren ein ewiger Anstoß, besonders wenn andere Futtermittel knapp und sehr teuer waren, so dass es rentabler war, auf eigenes Getreide zurück zu greifen. Ab 1937 gab es ein totales Verfütterungsverbot für Roggen. Die Schließung der Schrotmühlen war ein probates Mittel für Verstöße gegen die Getreideablieferungspflicht.

Weiteren Unmut löste die Milchablieferungspflicht aus. Viele kleinere Molkereien wurden ge-

schlossen, zugunsten der Zentralisierung auf größere Molkereien.

### Verbot der Selbstvermarktung der landwirtschaftlicher Produkte wie Milch, Butter, Eier und Kartoffeln.

Auch die verordneten Festpreise waren nicht im Sinne der Bauern gestaltet worden. Erst garantierten sie ein sicheres Einkommen, aber bald wurde festgestellt, dass sie viel zu niedrig lagen. Diese Festpreise hielten nicht Schritt mit den Konsumgütern und oder Investitionsgütern, so dass diese Anschaffungen für die Bauern unerschwinglich wurden. Bedingt dadurch griffen die Bauern wieder zur unerlaubten Selbstvermarktung. „Schwarzbuttern“ und „Schwarzschlachten“ waren die Schlagworte. Dadurch griff die Denunziation und Missgunst um sich. Viele wurden erwischt, weil sie angezeigt wurden. Die Strafen für den „Eigenbedarf“ wurden immer drakonischer, im Krieg und gegen Ende des Krieges konnte das „Schwarzschlachten“ ein halbes oder ein Jahr Haft bedeuten. Viele kennen aus ihren Dörfern solche Fälle. Manches geriet zum Wahnsinn. So waren die Bauern angehalten, die Vollmilch abzuliefern und selbst Halbmilch zu trinken

Ein weiteres Manko war der Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft. Man versuchte zwar, den Lohn der Landarbeiter anzuheben, dieser erreichte aber nie das Niveau eines Industriearbeiters.

Regelrechte Landflucht war die Folge, zumal durch den expandierenden Rüstungsaufbau junge Leute gebraucht wurden. Für Investitionen war kein Geld vorhanden, so bremste sich die Landwirtschaft selbst aus.

Als Fazit kann gesagt werden, dass die Landwirtschaft im Dritten Reich nicht so erfolgreich war, wie manchmal erzählt wird und wie es sich manche erhofft hatten. Der Landwirt oder Bauer war vielen Restriktionen unterworfen.

Das Regime hat es nicht geschafft, das Reich autark zu ernähren. Es mussten immer Nahrungsmittel zugekauft werden, außer nach dem Überfall auf Rußland. Das Nazi-Regime beutete das Land aus, schaffte vieles nach Deutschland einschließlich der Fremdarbeiter. ○

#### Quellen:

**Daniela Münkel:** Nationalsozialistische Agrarpolitik und Bauernalltag, 1996

**Helmut Paulus:** Landwirtschaftliche Entschuldung und Erbhofrecht im „Dritten Reich“, 2001

**Amtsgericht Hünfeld:** Erbhofrollen der Gemeinde Großenbach.

#### Schriftleitung:

Heribert Kramm Tel. 0661-75659

mit Fahne, **Franziskus Solanus** mit Indios.

Bruder Wenzeslaus Marx hat in seinem Schaffen ganz offensichtlich eine Entwicklung durchgemacht:

So sind die Figuren in den Kreuzwegkapellen auf dem Volkersberg zwar kleiner, aber auch „feiner“ als die auf dem Frauenberg bzw. Kalvarienberg; Ähnliches lässt sich auch von seinen Figuren in

der Kirche des Frauenbergs und der Klosterkirche in Worbis sagen.

Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang noch auf die Figur der hl. Elisabeth am linken Seitenaltar im Langhaus. Sie zeigt wie kaum eine andere die Abhängigkeit des Br. Hyazinth von der Schule des Br. Melchior Egenolf, der sog. „Hadamarer Schule“ (6).

#### Schrifttum

**Werner Hupe u. Wolfgang Lukassek:**

Das ehemalige Kloster Worbis und seine Kirche. Leipzig 1982.

**Karin Hösch:** Worbis. 1994.

**Gerhard Müller:** Kirche-Kloster-Hochschule- Die Franziskanerniederlassung in Worbis (1667-1825). In: Wurbeke-Worzewe-StadtWorbis. Beiträge zur Geschichte der Stadt Worbis. S. 219-233

#### Anmerkungen

1. Seit 1961 besteht eine Städtepartnerschaft zwischen Fulda und Leitmeritz in Böhmen. Der Bischof von Leitme-

ritz war schon wiederholt in Fulda und hat ein Pontifikalamt gehalten. 2. Siehe „Buchenblätter“ 84/2011, Nr. 7 und 85 /2012, Nr.7.

3. Berthold Duffner OFM, Die Werke des Bildhauers Bruder Melchior Egenolf in Fulda. In: Thuringia Franciscana NF 45/1990/ H.1.

4. Werner Hupe u. Wolfgang Lukassek: Das ehemalige Kloster Worbis und seine Kirche. Leipzig 1982.

5. Welch ein Unterschied zum Bonifatius an der Fassade!

6. vgl. Buchenblätter 84/2011, Nr. 21

## Reichspogromnacht 1938 in Fulda

Das Schicksal der Fuldaer Juden im NS-Staat

II Von Dr. Michael Imhof in Zusammenarbeit mit Joachim Schulz, Rudolf Zibuschka und Gerhard Renner

Am 26.10.1938 wurde im Rahmen einer diplomatischen Auseinandersetzung mit Polen seitens der Reichsregierung mit Wirkung vom 29.10.1938 ein Aufenthaltsverbot für Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit ausgesprochen und deren sofortiger Abtransport an die polnische Grenze angeordnet.

### Nach Polen abgeschoben

In Fulda waren davon 41 Kinder, Frauen und Männer betroffen. „Wir konnten nur ganz wenig mitnehmen, die notwendigsten Dinge. Zusammen mit 14 anderen Familien sind wir in einer Halle der Hauptwache zusammengetrieben und auf Lastwagen nach Kassel abtransportiert worden, wo wir auf andere jüdische Familien trafen. Während der Nacht wurden wir über Berlin nach Schneidemühl an die polnische Grenze gebracht“, so Henry Cyvia, der die Deportation als Kind erlebte. Nach drei Tagen, die die Vertriebenen an der polnischen Grenze herumirren, wurden sie wieder nach Fulda geschickt. Im Polizeiberichtbuch der Ortspolizei Fulda ist am 28.10.1938 unter Nr. 673 protokolliert: „Um 11 ½ Uhr wurde der Ostjude Moses Schlaffschmosky, geb. 22.7. 1874 zu Novograd zwecks Ausweisung aus dem Reichsgebiet durch das Landratsamt eingewiesen. Er wurde in Zelle 1 untergebracht ...Schl. wurde um 18 Uhr mittels Sammeltransport nach der Reichsgrenze abgeschoben.“ Am 29.10 wurden „Auf Ersuchen des Landratsamtes ... die Juden 1. Wilhelm Landberger 2. Franz Scheffer vorübergehend in Zelle 2 untergebracht ... um 14.50 Uhr mit der Bahn über Würzburg nach Wien abgeschoben“ (12)

Die „Fuldaer Zeitung“ vermeldete am 28.10.1938, dass „noch 723 Juden in Fulda“ wohnten und bedauerte zugleich, dass von den umliegenden Dörfern immer wieder Juden nach Fulda zuzögen, so dass Fulda noch lange nicht „judenrein“ sei. (13)

Die Übergriffe auf jüdische Gebäude vermehren sich, wie im Polizeiberichtbuch von 1938 unter Eintrag Nr. 678 vermerkt ist: Am 31.10. meldet Polizeihauptwachmeister Wohn „um 1 Uhr nach Rückkehr von seiner Streife, dass in der Synagoge vier Fensterscheiben eingeworfen wurden. Als Täter sollen vier junge Leute in Frage kommen, welche jedoch unerkant entkamen.“ (14)

Bestürzt und erzürnt über die Verschleppung seiner von der „Polenaktion“ betroffenen Eltern verübte der junge, aus Hannover stammende Jude Herschel Grynszpan am 7.11. 1938 in Paris ein Attentat auf den deutschen Legationssekretär Ernst vom Rath. So der Stand der Geschichtsschreibung.

Nach dem Ableben von Raths kam es am 9.11.1938 und in den darauffolgenden Tagen auch in Fulda zu „spontanen“ Aktionen, die von der örtlichen NSDAP organisiert und gesteuert wurden.(15)

### Die Novemberpogrome

begannen in Nordhessen bereits ab 7.11. In mindestens 20 Orten kam es zu Übergriffen und Gewaltakten. Synagogen wurden verwüstet und abgebrannt, jüdische Friedhöfe demoliert, jüdische Gemeinde- und Geschäftshäuser zerstört und geplündert. Die Menschen wurden aus ihren Häusern getrieben, zusammengeschleppt, verprügelt und in Todesangst versetzt. Es war wie

eine „Generalprobe“ für den im ganzen Reich ab 9.11. inszenierten Terror.

Durch den im NS-Gau Kurhessen wütenden NS-Terror gewarnt, wurden am 9.11.1938 gegen 3 Uhr morgens auf Initiative des jüdischen Gemeindevorstandes mit Hilfe des ihnen vertrauten katholischen Hausbesitzers Johann Schwarz aus der Rhönstraße 17a und dessen Sohn Hans Heinrich, geb. 1927, die Thorrollen, die Gebetbücher und die gesamte Gemeindebibliothek auf einem Handwagen aus der Synagoge gerettet und auf dem Dachboden der Familie Schwarz versteckt.(16) (siehe Kasten)

Welches Leid in den folgenden Tagen über die Mitglieder der jüdischen Gemeinde Fuldas hereinbrach, lassen die – wenn auch lückenhaften – Eintragungen im Polizeiberichtbuch der Ortspolizeibehörde Fulda in ihrer distanziertere und emotionslosen Verwaltungssprache nur erahnen. „Empörte Volksgenossen“ warfen den ganzen Tag über bei jüdischen Wohnungen und Geschäften Fensterscheiben ein, verwüsteten Wohnungen, zerschlugen das Inventar und versetzten die jüdischen Bewohner in Angst und Schrecken.

Im Polizeibericht vom 9./10.11. 1938 wurde unter Nr. 695 bis Nr. 701 protokolliert:

„Um 2.30 Uhr (des 09.11.38) meldet der Kaufmann Köhler, Mittelstr., dass bei der Firma Wertheim, Mittelstr., eine Schau Fensterscheibe eingeschlagen worden sei. Der mutmaßliche Täter sei in der Richtung nach dem Gemüsemarkt davongelaufen.“ (...)

Um 13.20 Uhr wurde fernmündlich die Polizeiwache angerufen und um die Entsendung von Polizeibeamten gebeten. Im Stockhaus würden

die Fensterscheiben von jüdischen Wohnungen zertrümmert. (...)

Die Ehefrau Fähmann, Schildeckstr. Nr. 7 wohnhaft, meldete um 14.50 Uhr und 15.00 Uhr fernmündlich, dass mehrere Kinder in die Judenschule eingedrungen seien und darin alles zertrümmern würden. (...)

Um 17.30 wurde fernmündlich durch den Bauunternehmer Bernjus, wohnhaft Heinrichstr. 16, mitgeteilt, dass in der Heinrichstraße von Kindern die Wohnungen der Juden zerstört würden. (...)

Polizeimeister Neuland meldet, (...) dass um 18.30 Uhr von 4 Jugendlichen (15-17 Jahren, 2 Jungen und 2 Mädchen) in der im Erdgeschoss liegenden Wohnung des Juden Claus 4 Fensterscheiben eingeworfen wurden. Die Täter wurden von dem Spenglermeister Krönung verjagt. Er will die Täter aber nicht erkannt haben. (...) Um 19.45 meldet Stadtsekretär Gutberlet, dass in dem Hause Löherstr. No. 28 Jugendliche Fensterscheiben eingeworfen hätten. (...)

Um 19.45 wurde gemeldet, dass auf dem jüdischen Friedhof in der Edelzellerstr. Beschädigungen vorgekommen seien. Polizeimeister Neuland meldet, dass das Leichenhaus einschließlich Dach demoliert und sämtliche Grabsteine umgeworfen seien. Beim Eintreffen der Polizei sei niemand auf dem Friedhof gewesen. Anscheinend sei die Demolierung bei einsetzender Dunkelheit verursacht worden.“ (17) Bezeichnend ist, dass Kinder und Jugendliche für den Terror an den Juden aufgehetzt und instrumentalisiert wurden.

Der alte und der neue jüdische Friedhof wurden verwüstet. Auch in der jüdischen

Schule und der Synagoge hatte der Mob gehaust, die Inneneinrichtung der Gebäude zerstört sowie jüdische Bücher und Kultgegenstände auf die Straße geworfen. (18)

### Brandstiftung - ein NS-Befehl

In den darauf folgenden Stunden überschlugen sich dann die Ereignisse:

Am Abend des 9.11. hatte die Fuldaer NSDAP auf dem Adolf-Hitler-Platz anlässlich der Gedenkfeierlichkeiten zur 15. Wiederkehr des Münchener Putschversuches von 1923 und im Gedenken an die „Toten der Bewegung“ eine öffentliche Versammlung durchgeführt. Danach trafen sich die Funktionäre in kleinerem Kreise im Café Hesse und feierten mit reichlichem Alkoholgenuss weiter. Im Anschluss ging man am Morgen des 10.11.1938 gegen 1.00 Uhr ins Stadtschloss, wo schon viele Polizeibeamte und SS-Leute versammelt waren, die teilweise bereits auffälliges „Räuberzivil“ trugen. Kurz zuvor war um 23.55 Uhr vom Gestapoamt in Berlin an alle Stapostellen und Stapoleitstellen ein Fernschreiben ergangen: „Es werden in kürzester Frist in ganz Deutschland Aktionen gegen Juden insbesondere gegen deren Synagogen stattfinden. Sie sind nicht zu stören. Jedoch ist im Benehmen mit der Ordnungspolizei sicherzustellen, dass Plünderungen und sonstige besondere Ausschreitungen unterbunden werden können.“ (19) Im Fuldaer Stadtschloss tranken sich die Brandstifter – die „Fuldaer Zeitung“ nannte sie am nächsten Tage eine „über den feigen jüdischen Meuchelmord erbitterte Bevölkerung“ – unterdessen weiter Mut an und irgendwann fielen dann die Worte: „Heute Nacht passiert noch etwas, heute Nacht brennt noch was.“ Bei dieser Gelegenheit wurde vermutlich die Brandlegung der Synagoge besprochen und geplant. Vergleichbares fand auch in den Gemeinden des Fuldaer Umlandes statt.

In der Nacht zum 10.11.1938 wurde gegen ca. 2.00 Uhr eine erste, wenn auch erfolglose Brandstiftung in der jüdischen Synagoge durch den damaligen SS-Standortkommandanten Otto Grüner ausgeführt. Grüner hatte gegen ca. 1.00 Uhr eine telefonische Anfrage seiner vorgesetzten Dienststelle in Gießen erhalten: „Was ist in Fulda los, al-



Die jüdische Synagoge in Fulda wurde in der Pogromnacht am 10.11.1938 von NS-Banden angezündet und zerstört.

Foto: Stadtarchiv Fulda

lensthalben brennen die Synagogen, wann brennt es bei Ihnen?“ Nach einigem Nachfragen fasste er die Brandstiftung als Befehl auf und schritt zur Tat.

Im Ermittlungsbericht der Polizei vom 1946 heißt es dazu: „Zu diesem Zwecke hatte man, beginnend in den Abendstunden ... bis in die späte Nacht hinein, teilweise das Gestühl der Synagoge zerhackt. Infolge der Beschaffenheit des Holzes war dieser Brand jedoch nicht richtig zur Perfektion gekommen und das Feuer wieder erloschen.“ Grüner rechtfertigte sich 1948 im ersten Fuldaer Synagogenbrandprozess mit der Behauptung, er habe das Schlimmste verhüten und nur „eine kleine Sache improvisieren wollen.“ Außerdem habe er Polizei und Feuerwehr vor seiner Brandstiftung informiert. Nach der Brandstiftung sei er ins Bett gegangen und dann erstaunt gewesen, als nach vier Stunden die Synagoge lichterloh brannte.

Die eigentliche Brandstiftung erfolgte in den frühen Morgenstunden des 10.11.1938. Der Brandbericht der Fuldaer Feuerwehr verzeichnete für 4.45 Uhr die Alarmierung der Wehren. Von den maßgeblich an der 2. Brandstiftung Beteiligten, NSDAP-Kreisleiter

Ehser und dem angetrunkenen Stadtbaurat Emil Kunkel, war die Feuerwehr zuvor benachrichtigt, aber zugleich angewiesen worden, erst auf besonderen Befehl auszurücken. Im Polizeibericht vom 10.11.1938 ist unter Notiz Nr. 203 vermerkt: „Um 5.20 Uhr wurde von Friseur Englert fernmündlich mitgeteilt, dass die Synagoge brennen würde. Um 5.25 Uhr wurde vom Postamt mitgeteilt, dass die Synagoge brennen würde.“ (20)

Der Ermittlungsbericht der Fuldaer Kripo aus dem Jahre 1946 schilderte die Ereignisse und nannte weitere Beteiligte: „Bei dieser zweiten Brandlegung sollen insbesondere Angehörige der Feuerwehr beteiligt gewesen sein. Von der Feuerwehr soll auch überdies das Benzin gestellt worden sein. Die Feuerwehr selbst war bereits schon vor dem Brand in Alarmzustand versetzt worden. Nachdem die Brandstiftung vollends gelungen war, wurde die Feuerwehr zur Brandstelle beordert, ohne jedoch sofort mit ihrer Arbeit zu beginnen. Als durch den um sich greifenden Brand die umliegenden Häuser gefährdet wurden, begann die Feuerwehr mit der Arbeit, beschränkte sich in ihrer Löschfähigkeit jedoch lediglich darauf, ein Überspringen des

Brandes auf die umliegenden Häuser zu verhindern. Der Brandherd selbst wurde nicht gelöscht.“ (21)

Für die „erfolgreiche“ Durchführung dieser Aufgabe wurden die beteiligten Feuerwehrleute nach Erfüllung ihres Auftrages mit dem sog. „Löschwasser“, einem Trinkgelage, und einer bluttrüben Rede des betrunkenen Stadtbaurates Kunkel belohnt, der vorher die „Löscharbeiten“ mit den Worten „Alles hört auf mein Kommando“ geführt hatte. (22) Während sich die Täter später auf alkoholbedingte Erinnerungslücken beriefen, sind die Vorgänge um den Synagogenbrand den jüdischen Opfern auch noch Jahrzehnte später gut im Gedächtnis geblieben: „Morgens haben wir Radau auf der Straße gehört. (...) Die Synagoge war vollkommen zerstört. Alle jüdischen Geschäfte waren in Mitleidenschaft gezogen worden. Bei Wertheim waren die Fenster eingeschlagen, auch bei Katz. Viele Juden wurden noch am gleichen Tage verhaftet und ins KZ gebracht. Das Leben hat absolut stillgestanden,“ so Henry Cyvia.

### Erneut Verhaftungen

Noch in der gleichen Nacht, als die Synagogen brannten, wurden im ganzen Reich ca. 20.000 jüdische Männer jeden Alters in „Schutzhaft“ genommen und in die nächstliegenden Konzentrationslager abtransportiert. In Fulda wurden 97 jüdische Männer im katholischen Gesellenhaus in der Florengasse zusammengetrieben. Insgesamt 75 der inhaftierten männlichen Juden - einige von ihnen waren vom Polizeiarzt für „arbeitsunfähig“ erklärt worden - wurden anschließend in das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar verschleppt und dort massiven Schikanen und Misshandlungen durch SA und SS ausgesetzt, worunter viele ihr Leben lang zu leiden hatten. (23)

Im Polizeiberichtsbuch ist dazu lediglich protokolliert: „Um 6.00 Uhr wurde auf Veranlassung des Polizeikommissars Berend der Filialleiter Scheuermann von dem Schuhgeschäft Springmann in der Marktstraße in Schutzhaft genommen und sofort dem Amtsgericht zugeführt.“ (24) Zeitzeugen erinnern sich:

„Wir haben... in unserem Haus einen Gottesdienst mit 10 Leuten abgehalten, um die Todesgebete und Gedenkge-



Die jüdische Synagoge in Burghaun: links ein Modell, rechts Foto der Brandruine  
Foto: Zuse-Museum Hünfeld



- lischen Erneuerung und des Barock, in: Karl Amon u.a. (Hg.), *Ecclesia peregrinans*. Josef Lenzenweger zum 70. Geburtstag, Wien 1986, S. 185–194 [Erstfassung in: Rainer Polley, *Die Adolphsuniversität Fulda 1734–1805*, Marburg 1984 (Schriften des Hessischen Staatsarchivs Marburg, 2), S. 5-18]; Josef Leinweber, *Von der Klosterschule zum Kurfürstlichen Gymnasium*. Zum 150. Geburtstag der Eröffnung des Kurfürstlichen Gymnasiums in Fulda am 25. Mai 1835, in: *Buchenblätter* 58 (1985), S. 45f., 51f., hier S. 46, 51; Johann Rainer, *Die Jesuiten in Fulda*, in: *Fuldaer Geschichtsblätter* 70 (1994), S. 75-86; Werner Kathrein, *Jesuitengymnasium und päpstliches Seminar in Fulda*, in: *Vonderau-Museum Fulda. Von der alten Stadtschule zum Museum der Region, Fulda 1994* (Dokumentationen zur Stadtgeschichte, 16), S. 62-67.
- 12 Georg Flügel, *Das niedere Schulwesen und die Lehrerbildung im vormaligen Hochstift Fulda*. Festschrift zur Erinnerung an das 50- bzw. 100jährige Bestehen des Fuldaer Lehrerseminars, Fulda 1886, digitalisiert: <http://archive.org/stream/dasniedereschul00flgoog#page/n5/mode/2up> (20.9.2013); Robert Pessenlehner, *Einige Bemerkungen zum Fuldaer Volksschulwesen und zur Lehrerbildung von 1683 bis zur Eröffnung des Pädagogischen Instituts von 1963*, in: *Fuldaer Geschichtsblätter* 39 (1963), S. 185-197; Maria Luise Huth, *Fürstbischof Heinrich VIII. von Bibra und die Schulreform im Hochstift Fulda*, in: *Fuldaer Geschichtsblätter* 39 (1963), S. 169-185; Zwenger, *Heinrich von Bibra, Bischof und Fürst von Fulda* (wie Anm. 8), Nrr. 18-20; in dem späteren Aufsatz „Heinrich von Bibra, Fürstbischof von Fulda“ (wie Anm. 8) – der in Literatur öfter herangezogen wird – behandelt Zwenger diese Thematik sehr viel kürzer. Vgl. auch: Zuber, *Staat und Kirche im Wandel* (wie Anm. 6), S. 130-140; Thomas Heiler, *Innere Verwaltung und Finanzentwicklung in der Frühen Neuzeit*, in: *Geschichte der Stadt Fulda* (wie Anm. 9), Band 1, S. 379-403, hier S. 395-397: „Volksschulwesen“ [mit neuen Einzelheiten aus städtischen Akten]; Ludwig Müller, *Die Schulreform Heinrich von Bibras*, in: *Buchenblätter* 26 (1953), S. 10, 21f.
- 13 Flügel, *Das niedere Schulwesen* (wie Anm. 12), S. 5, 78f. (Anm. 9).
- 14 Ebenda, S. 5.
- 15 Ebenda, S. 10.
- 16 Ebenda, S. 9f.
- 17 Zitiert nach Heiler, *Innere Verwaltung und Finanzentwicklung* (wie Anm. 12), S. 395.
- 18 Vgl. G[regor] Richter, *Zur Fuldaer Schulgeschichte des 16. Jahrhunderts*, in: *Fuldaer Geschichtsblätter* 20 (1927), S. 75-80.
- 19 Flügel, *Das niedere Schulwesen* (wie Anm. 12), S. 86.
- 20 Komp, *Die zweite Schule Fulda's* (wie Anm. 12), S. 25.
- 21 Pessenlehner, *Einige Bemerkungen zum Fuldaer Volksschulwesen* (wie Anm. 12), S. 186.
- 22 Einzelheiten bei Heiler, *Innere Verwaltung und Finanzentwicklung* (wie Anm. 12), S. 395, der die Auffassung von Pessenlehner, *Einige Bemerkungen zum Fuldaer Volksschulwesen* (wie Anm. 12), S. 189, die Trennung sei erst 1759 erfolgt, korrigiert.
- 23 Flügel, *Das niedere Schulwesen* (wie Anm. 12), S. 85-87 (Anm. 1); Pessenlehner, *Einige Bemerkungen zum Fuldaer Volksschulwesen* (wie Anm. 12), S. 186f.
- 24 *Zum Schulwesen der Englischen Fräulein*: G[regor] Richter, *Ein zeitgenössischer Bericht über die Anfänge des Instituts der Englischen Fräulein zu Fulda*, in: *Das Institut Sanctae Mariae der Englischen Fräulein in Fulda. Zum Gedächtnis einer zweihundertjährigen Wirksamkeit, 1733–1933*, Fulda 1933, S. 29-64; Ursula Ried, *Die Entwicklung der Schultätigkeit von 1738 bis zum Kulturkampf 1876*, ebenda, S. 65-77; Ernst Kramer, *Die Kloster- und Schulgebäude der Englischen Fräulein zu Fulda*, ebenda, S. 99-110.
- 25 Pessenlehner, *Einige Bemerkungen zum Fuldaer Volksschulwesen* (wie Anm. 12), S. 187f.
- 26 Ebenda, S. 188.

## Reichspogromnacht 1938 in Fulda

III Das Schicksal der Fuldaer Juden im NS-Staat  
 Von Dr. Michael Imhof in Zusammenarbeit mit Joachim Schulz, Rudolf Zibuschka und Gerhard Renner

Am Ende des Schicksalsjahres 1938 standen die verbliebenen Fuldaer Bürger jüdischen Glaubens nach über 700 Jahren sehr wechselvoller Erfahrungen und 130 Jahren hoffnungsvoll betriebener Emanzipation vor den Trümmern ihrer Synagoge und dem buchstäblichen Scherbenhaufen ihrer materiellen Existenz.

### Endgültige Ausraubung

Nach der Reichspogromnacht - von der NS-Propaganda verarmlosend als „Reichskristallnacht“ bezeichnet - hielt in Fulda kein jüdischer Geschäftsmann mehr dem Druck stand: „Keine jüdischen Geschäfte mehr in Fulda – Wie wir von dem Kreiswirtschaftsberater hören, war die Arisierung der jüdischen Geschäfte in Fulda zur Zeit des jüdischen Meuchelmordes (Attentat von Herschel Grünsparn auf Ernst von Rath in Paris, d. Verf.) nahezu abgeschlossen. Die Bürgerschaft braucht nun nicht mehr auf das Schild ‚Deutsches Geschäft‘ zu achten, da die jüdischen Geschäfte nicht wieder eröffnet werden dürfen.“ (28)

Waren Anfang 1938 noch 64 Geschäfte mit jüdischen Besitzern eingetragen, so hatte sich diese Zahl bis April 1939 auf 14 vermindert. Allerdings waren auch diese Firmen schon „arisiert“ und es stand

lediglich die Löschung aus dem Handelsregister aus. So war in Fulda de facto die „Arisierung“ „jüdischer“ Geschäfte spätestens Anfang Dezember 1938 abgeschlossen. In derselben Zeit wurde auch der „legalisierte Raub“ jüdischen Grund- oder Hausbesitzes vorangetrieben. In den Jahren von 1938–42 wechselten ca. 80 Grundstücke in „arische“ Hände. In einer von der Stadtverwaltung im Mai 1940 erstellten Liste über „jüdischen Grundbesitz“ in Fulda wurden noch 31 Grundstücke ausgewiesen; von diesen Grundstücken waren bis Ende 1941 weitere 17 „verkauft“ worden. (29) Den engen Zusammenhang zwischen fluchtartigen Auswanderungen und überstürzten Grundstücksverkäufen dokumentiert exemplarisch das Schreiben des ausreisewilligen jüdischen Mitbürgers Stern vom 6.4.1939: „*Ich stehe kurz vor der Auswanderung und kann infolge städtischer und staatlicher Steuerrückstände keinen Pass bekommen. Da ich sonst mittellos bin und die Zahlung dieser Steuerrückstände und auch die Judenabgabe vom Erlös des Grundstücks erfolgen soll, bitte ich höflich, die seitens der Regierung zu erfordende Genehmigung so*

*bald als möglich zu erteilen, damit meine Auswanderung erfolgen kann.*“ (30)

Ein Verkauf jüdischen Besitzes erfolgte dabei in der Regel zum Einheitswert des Objektes, d. h. weit unter dem Verkehrswert. Darüber hinaus wurde zur Auflage gemacht, den Erlös direkt auf ein Devisensperrenkonto einzuzahlen, über das nur mit Zustimmung der zuständigen Devisenstelle verfügt werden konnte. Dies bedeutete, dass die jüdischen Verkäufer den Verkaufserlös nicht erhielten. Dieser wurde vom NS-Staat eingezogen. Außerdem hatte in jedem Fall der Regierungspräsident den Verkauf zu genehmigen. Mit VERORDNUNG ÜBER DEN EINSATZ DES JÜDISCHEN VERMÖGENS vom 3.12.1938 konnten Juden schließlich zum Verkauf ihres Besitzes gezwungen werden. Mit gleichem Datum wurde verfügt, dass jüdische Geschäfte nicht wiedereröffnet werden durften. (31)

Nur wenige Tage nach dem Novemberpogrom vernichtete man auch die letzten Überreste jüdischer Glaubenskultur in Fulda: den alten jüdischen Friedhof zwischen Lindenstraße und Rabanusstraße. Schon im August 1938 hatte sich der Fuldaer NSDAP-Kreisleiter und Bürgermeister Karl Ehser dafür eingesetzt, den alten Friedhof in städtischen Besitz zu

„überführen“ und in eine Grünanlage umzuwandeln. Er fand dabei die Unterstützung des NS-Gauleiters für Kommunalpolitik in Kassel. Mit der Feststellung „Es ist zu erwarten, dass die Juden allmählich ganz aus dem Volkskörper ausgeschieden werden“ und dem Vorschlag, die Einebnung jüdischer Friedhöfe in Ortslagen gesetzlich zu regeln, leitete dieses den Vorgang an das NS-Hauptamt für Kommunalpolitik weiter, das die Angelegenheit wegen seiner besonderen und richtungsweisenden Bedeutung dem Stellvertreter Hitlers, Rudolf Heß, zur Entscheidung vorlegte. Am 17.11.38 konnte die „Fuldaer Zeitung“ vermelden, dass der „Schandfleck“ im Fuldaer Stadtbild in den Besitz der Stadt übergegangen sei und in eine Grünanlage umgewandelt werde. (32)

Der Terror gegen die jüdische Bevölkerung verdichtete sich weiter:

Am 12.11.1938 wurde Juden der Besuch von Theatern, Kinos, Konzerten und anderem kulturellen Veranstaltungen verboten. In Zügen wurde ihnen die Fahrt nur in vorgeschriebenen Abteilen gestattet. Am 15.11.1938 wurde jüdischen Schülerinnen und Schülern der Besuch allgemeinbildender Schulen verboten. Am 3.12.1938 wurde Juden der Führerschein entzogen und das Halten von Kraftfahrzeugen versagt.

Die freie Verfügung über ihr Wohneigentum sollte den Fuldaer Juden genommen und der „beabsichtigten Verminderung des jüdischen Wohnraumes durch Beziehen seitens arischer Familien“ Vorschub geleistet werden.

Nach Auffassung der Ortspolizeibehörde habe das „lichtscheue Gebaren“, mit dem Juden aus dem angrenzenden und weiteren Umland gerade frei gewordenen Wohnraum ausgewanderter Juden wieder bezögen, „in der Bevölkerung großen Unmut“ ausgelöst; ein Ärgernis sei, dass „sich die jüdische Bevölkerung bei weitem nicht in dem Maße verringert, wie dies gewünscht wurde.“ Außerdem fielen die „hier zuziehenden Juden ... nur der hiesigen Behörde zur Last.“ (33)

Die Stadtverwaltung Fulda war offensichtlich daran interessiert, Häuser jüdischer Besitzer selbst billig zu erwerben: „In allernächster Zeit dürfte eine Anzahl jüdischer Häuser zum Verkauf kommen. (...) Der Ankauf von jüdischen Häusern dürfte sicher weniger Mittel erfordern, als wenn die Stadt andere Wohngelegenheiten ... erstellen müsste.“ (34)

In den Folgemonaten wurden die verbliebenen Mitglieder der jüdischen Gemeinde in einigen sog. „Judenhäusern“ ghettoisiert. „Judenhäuser“ waren z. B. die Häuser Mittelstraße 25 und 28, Am Stockhaus 2 und 10, Karlstraße 32 und 37, Petersberger Straße 25, Schildeckstraße 10 (Jüdisches Altersheim) und Rhönstraße 6. Auch die legalisierte Ausraubung der Fuldaer Juden fand ihre Fortsetzung. Durch zahlreiche Verordnungen, die in der Regel nicht veröffentlicht werden durften, wurde dieser Teil des staatlich verordneten Raubes organisiert. Exakt wurde dabei festgelegt, welche staatlichen Behörden mit der Beschlagnahme bzw. der anschließenden „Verwertung“ ehemals jüdischen Vermögens beauftragt wurden. (35)

Damit das Finanzamt Fulda die „Verwertung“ des in Fulda zurückgelassenen Besitzes (z. B. Möbel oder Bekleidung) besser organisieren konnte, wurde den Juden vor ihrer Deportation zur Auflage gemacht, eine detaillierte Vermögenserklärung auszufüllen und das zurückzulassende Inventar mit ihrem Namen zu versehen.

Lebender Besitz, wie Vieh, war gegen Quittung dem je-

weiligen Ortsbauernführer zu übergeben, leicht verderbliche Dinge – wiederum gegen Quittung – der NS-Volkswohlfahrt zu überlassen. Ein Schlaglicht auf die nach den Deportationen durchgeführten „Verwertungen“ durch das Fuldaer Finanzamt werfen Dokumente, die die Räumung des ehemaligen jüdischen Altersheimes in der Schildeckstr. 10 betreffen. (36)

Mit Datum vom 5.9.1942, dem Tag des letzten Deportationstransportes aus Fulda, teilte die Stadt Fulda mehreren Reichsbehörden mit, dass sie das ehemalige jüdische Altersheim in der Schildeckstraße 10 zu Gunsten einer noch zu errichtenden Isolierstation des Fuldaer Karl-Weinrich-Krankenhauses requiriert habe, nachdem die jüdischen „Insassen dieses Altersheimes ... in Kürze anderweit untergebracht“ würden.

Mit Datum vom 22.12.1942 bot das Finanzamt Fulda unter dem Betreff „Verwertung von

Judenvermögen“ der Arbeitsanstalt Breitenau 60 Paar getragene Damen- und Herrenschuhe aus dem „Vermögen evakuierter Juden“ zum kauflichen Erwerb an.

Mit Datum vom 28.12.1942 erklärte sich der Direktor des Arbeits- und Konzentrationslagers Breitenau bereit, gegen Festsetzung eines Preises durch einen Sachverständigen die Schuhe zu übernehmen.

Dieser alltägliche, banale Schriftwechsel zweier Behörden des nationalsozialistischen Unrechtssystems gibt ein Beispiel für das Funktionieren der „arbeitsteiligen Taterschaft“ und lässt deutlich werden, wie „ganz normale“ Menschen in ihren Büros zu „Schreibtischtatern“ wurden, ohne die die „verwaltungsmaßige“ Abwicklung der Deportationen nicht möglich gewesen wäre. (37)

So war Ende des Jahres

1942 das gesamte Eigentum der Fuldaer Juden in „arische“ Hände übergegangen, während die letzten von ihnen entweder auf dem Weg in die Vernichtungslager waren oder dort bereits den Tod erlitten hatten. ○

#### Anmerkungen

- 28 Fuldaer Zeitung v. 3./4.12.1938.
- 29 Stadtarchiv Fulda, Best. 370/13.
- 30 Stadtarchiv Fulda, Grundstücksamt/Best. 20.
- 31 Stadtarchiv Fulda, Best. XXIV/66., Fuldaer Zeitung v. 3./4.12.1938.
- 32 Hess. Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, Abt. 520/FZ1513; Rudolf Zibuschka: 1932-1939 im Spiegel der „Fuldaer Zeitung“, S. 18ff., Fuldaer Zeitung v. 17.11.1938 und 17.1.1939.
- 33 Stadtarchiv Fulda, Best. 9/293; Fuldaer Zeitung v. 20.7.1939.
- 34 Stadtarchiv Fulda, Best. XXIV/66.
- 35 Stadtarchiv Fulda, Best. XXXIV/52; Hess. Hauptstaatsarchiv, Abt. 483/7306.
- 36 Stadtarchiv Fulda, Best. VII B.b./167 J 1.
- 37 Archiv der Gedenkstätte Breitenau/Guxhagen: Verwaltungsakten Breitenau, Beschaffung der Haushalts- und Wirtschaftsbedürfnisse IV B 1, 1941-11/1943.

## Wie ein jüdisches Buch gerettet wurde!

Im Jüdischen Museum in der ehemaligen Mikwe in Rotenburg an der Fulda befindet sich ein „Metzgerlehrbuch“ mit Anleitungen zum Schächten. Dieses Buch stammt aus der Bibliothek der Fuldaer Jüdischen Gemeinde, die sich in der Synagoge *Am Stockhaus* befand. Dr. Heinrich Nuhn, Leiter des Jüdischen Museums in der ehemaligen Mikwe in Rotenburg an der Fulda berichtet darüber:

„Dieses Buch stammt ursprünglich aus der jüdischen Gemeindebibliothek in der Synagoge in Fulda. Als Reaktion auf die Brandzerstörung der Hersfelder Synagoge am Abend des 8.11.1938 bat der Vorstand der Fuldaer Synagogengemeinde den katholischen Hausbesitzer Johann Schwarz aus der Rhönstraße 17a um Hilfe. Er war durch jüdische Mieter und Nachbarn der Gemeinde eng verbunden. Sein Sohn Hans Heinrich, geb. 1927, fungierte bei den jüdischen Mietern und Nachbarn als sogenannter Schabbesgoi. Johann Schwarz erschien in der Nacht vom 9. zum 10. November 1938 gegen 3 Uhr in Begleitung seines Sohnes mit einem Handwagen bei der Synagoge, wo er vom Vorstand der jüdischen Gemeinde erwartet wurde. Gemeinsam wurden die Tho-



rarollen, die Gebetbücher und die gesamte Gemeindebibliothek auf den Handwagen geladen. Der Vorstand sprach ihm Gottes Segen für diese Tat zu. Die Beiden verstauten die Thorarollen und die Gebetbücher auf dem Dachboden ihres Hauses, Teile der Gemeindebibliothek - deutsche Klassiker, Wörterbücher - wurden in die eigene Büchersammlung aufgenommen und zum Teil mit dem Namen des Sohnes als neuem Besitzer gekennzeichnet. Einzelne Bücher wurden aus Platzgründen auch bei dem Landwirt Jakob Schrön in Niederaula, einem Verwandten von Johann Schwarz mütterlicherseits, verstaut. Nach dem Krieg gab Johann Schwarz die Sammlung an die jüdischen Rückkehrer wieder zurück.“

Besagtes Metzgerlehrbuch wurde offensichtlich dabei übersehen und erst 2006 von Dr.

med. Friedhelm Röder in der Bücherwand der Familie Schwarz in Flieden, wohin sie inzwischen gezogen war, entdeckt und in seiner Bedeutung erkannt. Den Hergang der Ereignisse im November 1938 schilderte Friedhelm Röder, der Schwiegersonn von Hans Heinrich Schwarz, bei der Übergabe des Buches an das Jüdische Museum in Rothenburg. Heinrich Nuhn wertet die Bedeutung dieser Entdeckung:

„Das Buch repräsentiert nicht nur alte Bräuche, sondern auch die Geschichte des spontanen Handelns des Fuldaer Synagogenvorstandes und eines mutigen Katholiken und ist Anschauungsobjekt des Überlebenswillens der Juden und der gelungenen Bewahrung im Versteck.“ ○

Schriftleitung:  
Heribert Krann. Tel. 0661-75659

# Die Nacht, in der die Synagogen brannten

Vor 75 Jahren erreichte die antisemitische Gewalt einen ersten Höhepunkt

## MÜNCHEN

Es war die Nacht, in der die Synagogen brannten. Im ganzen Deutschen Reich zogen rund um den 9. November 1938 brand-schätzende, prügelnde Schlägertrupps umher. Das Ziel der Übergriffe: die Juden. Von diesen Pogromen vor 75 Jahren war der Weg zum Holocaust nicht weit.

Es ist schon Abend, als Charlotte am 9. November 1938 an der Hand ihres Vaters auf die Straße tritt. Dieser Gang durch die Münchner Innenstadt wird sich in ihr Gedächtnis einbrennen, so beängstigend ist das, was die Sechsjährige sieht: Verwüstete Geschäfte, eine brennende Synagoge und Juden, die gedemütigt und verhaftet werden. Später werden die Überfälle rund um diesen Tag als Novemberpogrome oder als Reichskristallnacht in die Geschichtsbücher eingehen.

Auch das jüdische Mädchen und sein Vater sind an diesem Abend in Gefahr. Sie sind unterwegs in einen Vorort, um sich in Sicherheit zu bringen. Noch 75 Jahre später kämpft die heute 81 Jahre alte Charlotte Knobloch, Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland von 2006 bis 2010, dafür, dass diese schlimmen Ereignisse nicht vergessen

## Attentat als Auslöser

werden. Schließlich markiert das Datum den Aufbruch zu einer bis dato unvorstellbaren Katastrophe: zum Holocaust.

Am Anfang standen die Schüsse auf den deutschen Botschaftsangehörigen Ernst vom Rath in Paris, abgefeuert am 7. November vom 17-jährigen Juden Herschel Grynszpan. Schon die Nachricht des Attentats löste erste Übergriffe aus. Als Rath dann zwei Tage später starb, waren die Folgen für die Juden verheerend.

An diesem 9. November feierten die Spitzen der NSDAP im Alten Rathausaal in München, auch mit Reichskanzler Adolf Hitler und Propagandaminister Joseph Goebbels. Sie gedachten des Hitlerputsches 15 Jahre zuvor. Goebbels verstand sofort, wie er das Attentat ausnutzen konnte. Zwar rief



Schon lange vor dem 9. November 1938 wurden jüdische Geschäftsinhaber schikaniert – und die Kunden mit Plakaten aufgefordert: „Kauft nicht bei Juden!“ Foto: dpa

## AM RANDE NOTIERT

### Erinnerung via Twitter

Geschichtsunterricht im sozialen Netzwerk: Fünf deutsche Historiker erinnern via Twitter an die Judenverfolgung während der Novemberpogrome vor 75 Jahren. Unter dem Account #9Nov38 erzählen die Wissenschaftler um den Heidelberger Historiker Moritz Hoffmann von Geschehnissen vor, während und nach der Reichspogromnacht am 9. November 1938. Die Tweets sollen unter dem Motto „Heute vor 75 Jahren“ täglich daran erinnern, dass die Pogromnacht kein Einzelereignis war.

WEB [www.9nov38.de](http://www.9nov38.de)

ren bekommen“, notierte Goebbels später in seinem Tagebuch und schilderte seine Anweisungen an die Polizei und die Parteiführer, die mitfeierten. „Stürmischer Beifall. Alles saust gleich an die Telephone. Nun wird das Volk handeln.“ Die Devise: „Mal den Dingen ihren Lauf lassen.“ Also kein Eingreifen von Polizei und Feuerwehr. SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich schob später ein Telegramm hinterher mit der Bitte, deutsches Leben und Eigentum zu verschonen. „zB. Synagogenbrände nur, wenn keine Brandgefahr für die Umgebung ist“, heißt es darin.

Überall im Deutschen Reich – auch in Fulda – brennen Synagogen, werden Schaufenster zertrümmert, Geschäfte geplündert. Die offizielle Bilanz waren rund 7500 verwüstete Geschäfte, 267 zerstörte Synagogen und Gemeindehäuser sowie 91 Tote. Wissenschaftler gehen heute jedoch davon aus, dass mehr als 1300 Menschen getötet und mindestens 1400 Synagogen in Deutschland und Österreich stark beschädigt oder zerstört wurden.

„Das hat die Judenverfolgung massiv beschleunigt“, sagt der Leiter des Zentrums für

Holocauststudien in München, Frank Bajohr. Allerdings seien Pogrome schon vor dem 9. November 1938 weit verbreitet gewesen. So hatte es etwa in Wien im Frühjahr zuvor Übergriffe mit erschreckenden Ausmaßen gegeben. „Es hätte nicht ernsthaft des Todes von Herrn vom Rath bedurft, um die Pogrome in Gang zu setzen“, stellt Bajohr in der Rück-

schau fest. Zwar habe es weltweit viel Mitleid mit den Juden gegeben. Aber nur wenige Länder seien bereit gewesen, jüdische Auswanderer in größerer Zahl aufzunehmen. „Das wird von den Nationalsozialisten registriert und höhnisch kommentiert“, berichtet Bajohr.

Noch sind viele Abläufe an diesem 9. November unklar. Der Journalist und Buchautor Armin Fuhrer glaubt, dass der Gesandte Rath in Paris gar nicht so schwer verletzt war, dass er geopfert wurde, um einen Märtyrer zu haben. „Der Verdacht liegt nahe, dass Hitler seinem Leibarzt den Befehl gab, vom Rath sterben zu las-

## „Den Volkszorn verspüren“

sen und nach außen hin so zu tun, als habe man ihn nicht retten können“, schreibt Fuhrer in seiner kürzlich erschienenen Biografie „Herschel“.

Eine These, mit der sich viele Historiker allerdings nicht anfreunden können, weil sie ihnen zu ungesichert erscheint. Wie es wirklich war, spielt nach Ansicht vieler auch kaum eine Rolle. Die Pogrome wären ohnehin gekommen – früher oder später, meinen sie.

Schon lange war das Leben der Juden gekennzeichnet von staatlicher Willkür und beständiger Angst, wie ein Tagebucheintrag von Victor Klemperer etwa vom 2. Oktober 1938 zeigt: „Ich glaubte: Heute Abend der Krieg. Vielleicht unser Tod in einem Pogrom.“

GASTKOMMENTAR Seite 4

## STICHWORT

### Reichspogromnacht

Mit der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 gingen die Nationalsozialisten zur offenen Gewalt gegen die jüdische Minderheit im Reich über. Es brannten Synagogen, jüdische Geschäfte sowie Wohnungen wurden verwüstet und jüdische Bürger misshandelt. Drei Jahre vor Beginn der systematischen Massendeportationen und nach zahlreichen rechtlichen Diskriminierungen erhielt die Verfolgung der Juden mit den Ausschreitungen einen neuen Charakter.

Als Vorwand für die Übergriffe diente den Nationalsozialisten das Attentat des 17-jährigen Juden Herschel Grynszpan auf den deutschen Diplomaten Ernst vom Rath am 7. November 1938 in Paris. Propagandaminister Joseph Goebbels nutzte die Gelegenheit, das Signal für die Gewaltaktionen zu geben. In der Öffentlichkeit versuchte die NS-Führung, die Aktion als „spontanen Ausbruch des Volkszorns“ erscheinen zu lassen.

An den Gewalttaten beteiligten sich vor allem SA- und SS-Männer und Parteimitglieder, vielerorts aber auch Teile der deutschen Bevölkerung. Im Volksmund bürgerte sich wegen der zerstörten Fensterscheiben jüdischer Geschäfte der verharmlosende Name „Reichskristallnacht“ ein. Er wurde in jüngster Zeit durch die neutralere Bezeichnung „Reichspogromnacht“ ersetzt.

Anzeige

**Einfach das Beste für Hessen. Mein Giro!**

**0,- Euro**

Einfach kostenlos. Vielfache Vorteile. Das SpardaGiro-Konto. Jetzt eröffnen.

Denn Einfach kann mehr: [www.sparda-hessen.de/giro](http://www.sparda-hessen.de/giro)

Meine Bank. Macht's einfach!

**Sparda-Bank**

Sparda-Bank Hessen eG  
 ■ Filiale Fulda · Am Bahnhof 2 · 36037 Fulda ■ Filiale Bad Hersfeld · Dudenstr. 9 · 36251 Bad Hersfeld  
 Weitere Filialen erfahren Sie im Internet unter [www.sparda-hessen.de](http://www.sparda-hessen.de) und unter Fon 0 69/75 37-0.

## HINTERGRUND

### Historiker: Bürger stark an Pogromen beteiligt

Die deutsche Bevölkerung hat sich nach Darstellung eines Holocaust-Experten im November 1938 viel stärker als bisher angenommen an den Pogromen gegen die Juden beteiligt. „Es gab viele Menschen,

die sich ohne Zwang und ohne Druck von oben beteiligten, entweder aus antisemitischen Gründen oder weil es ihnen Spaß machte, wie es bei vielen jungen Leuten der Fall war“, sagte der US-Historiker Alan E. Steinweis in einem Interview der Essener Bistumszeitung „Ruhr-

word“. „Auch das Phänomen des Plünderns war sehr wichtig, woran sich besonders Frauen beteiligten.“ Es habe sich bei den Deutschen, die am Pogrom teilnahmen, um „eine beträchtliche begeisterte Minderheit“ gehandelt. Zugleich sei aber auch die Zahl von Deutschen, die Juden Hilfe leisteten, wesentlich größer gewesen als bislang angenommen, so der Autor des 2011 auf Deutsch erschienenen Standardwerks „Kristallnacht 1938: ein deutscher Pogrom“. Den Streit um die Benennung der Ereignisse bezeichnete Steinweis als eine „sehr deutsche“ Angelegenheit. In den USA und außerhalb Deutschlands sei der Begriff Kristallnacht die gängige Bezeichnung „und gilt nicht als problematisch“. Er sei keine Erfindung von Propagandaminister Joseph Goebbels, sondern eine „Art Kritik, die dem Berliner Volksmund entspringt“.



Überall in Deutschland wurden in der Nacht zum 10. November Schaufenster jüdischer Geschäfte zerschlagen und die Läden geplündert. Foto: dpa

## KOMMENTARE

## LEITZINS

## Versickernder Geldregen



Manfred Schermer

Etwas verhaltener hätten die Herren Zocker ihrer Freude über die historische Leitzinssenkung durch die EZB schon Ausdruck verleihen können. Doch wer will es ihnen verdenken? Wenn es unverhofft Geld regnet, knallen eben die Korke. Das Rekordtief auf der einen Seite und – postwendend – das Rekordhoch des Dax auf der anderen zeigen das Dilemma, in dem EZB-Chef Draghi, in dem der Euro, in dem ganz Europa steckt. Offiziell soll der Geldregen die Wirtschaft in den Krisenländern ankurbeln. Tatsächlich aber versickert er in den Finanzmärkten, landet eben nicht in Form günstiger Kredite bei Firmen in Südeuropa. Angesichts der schwachen Wirtschaftslage ist den Banken das Risiko wohl zu hoch. Noch mehr mögliche faule Kredite anhäufen – davor schrecken die Institute mit Blick auf die kommende Bankenaufsicht zurück wie der Teufel vorm Weihwasser.

Man kann die Banker verstehen. Nicht verstehen muss man dagegen Mario Draghi. Der frühere Goldman-Sachs-Mann müsste doch wissen, was die Geldflut bewirkt. Müsste doch sehen, dass er lediglich seinen früheren Kollegen die Taschen füllt. Müsste die Blase doch bemerken. Die Gefahr doch erkennen. Die Katastrophe ahnen.

Die Zinssenkung wird weder die strukturellen Probleme des Südens beseitigen, noch seine Wirtschaft wettbewerbsfähiger machen – oder das weitere Sinken der Preise aufhalten. Welches Geld soll das Heer der Arbeitslosen denn ausgeben? Auch Japan litt unter einer Deflation. Auch in Japan griffen Niedrigzinsen lange Zeit nicht – aufgrund verlorener Wettbewerbsfähigkeit, geringer Produktivität, schrumpfender Bevölkerung, maroder Banken. Den Europäern sollte dies bekannt vorkommen.

Immerhin aber konnte Japan seinen Yen abwerten, um Produkte und Dienstleistungen international günstiger anzubieten. Doch diese Möglichkeit fehlt schwächeren Eurostaaten bekanntlich. Europas unflexible Gemeinschaftswährung muss zu seinen Hauptproblemen gezählt werden. Sollte nun auch noch eine Deflation einsetzen, begäbe ein Teufelskreis: weniger Konsum, weniger Investitionen, weniger Produktion. Und der Realwert der Schuldenberge würde noch brachialer auf den Volkswirtschaften lasten. Kein Wunder, dass Draghi nervös wird.

## ARAFAT

## Er hatte viele Feinde

Von Marcus Sauer

Es passt zu einem Leben voller Brüche und Geheimnisse, dass auch der Tod Rätsel aufwirft, die sich wohl kaum alle lösen lassen. Die Palästinenser waren schon seit 2004 sicher, dass ihr Idol Arafat umgebracht wurde. Von wem? Auch darüber herrschte Einigkeit: Die Schuldigen sind in Israel zu finden. Doch ist es wirklich so einfach?

Warum hätten die Israelis den alten, gebrechlichen Mann, der an sein Hauptquartier in Ramallah gefesselt war, zu diesem Zeitpunkt noch töten sollen? Vertraute des früheren Ministerpräsidenten Ariel Scharon jedenfalls versichern einhellig, es habe keine Pläne gegeben, Arafat zu beseitigen. Im Gegenteil, Scharon habe angeordnet, ihn nicht anzutasten. Der einstige PLO-Chef hatte viele Gegner und Feinde. Auch unter den Palästinensern. Zu ihnen gehörte der heutige Präsident Mahmud Abbas, der sich mit Arafat einen Machtkampf lieferte. Auch Arafats Witwe Suha spielte stets eine dubiose Rolle. Die ohnehin extrem schwierigen Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern werden durch die Vorwürfe jedenfalls noch komplizierter.



## Schützenhilfe

Karikatur: Jürgen Tomicek

## GASTKOMMENTAR

## Erinnerung als Geheimnis der Erlösung

In einer bis dahin nicht erlebten Verwüstungsaktion, die von der Nazi-Regierung organisiert war, wurden in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938, also vor nunmehr 75 Jahren, überall in Deutschland jüdische Synagogen und Friedhöfe geschändet, angezündet oder zerstört, jüdische Geschäfte, Häuser und Wohnungen geplündert und demoliert. Mehr als 400 Juden kamen dabei gewaltsam ums Leben. In den folgenden Tagen verschwanden weitere 30 000 in Konzentrationslagern.

Die Erinnerung an die sogenannte Reichspogromnacht darf nicht bei einem bloß historischen Rückblick auf einen der schlimmsten Tage deutscher Geschichte stehen bleiben. Insbesondere müssen wir uns hüten, im Blick auf die damaligen entsetzlichen Vorgänge zu verschönern oder gar zu verharmlosen. Denn im Unterschied zu den späteren Mordaktionen in den Vernichtungslagern der Nazis spielten sich die Vorgänge in der Nacht des 9. November vor aller Augen ab. Es gab damals erschreckend viel Gleichgültigkeit und Gemeinheit bis zur Beteiligung an den Plünderungen, zum Teil unverhohlene Schadenfreude, aber auch Zeichen des Mitgeföhls und der Empörung.

Gerade für uns Christen geht es um ein Lernen aus der Schuldgeschichte am jüdischen Volk: Man kann sich nämlich nicht mit der Zukunft beschäftigen und dabei das Vergangene ignorieren, indem man einfach einen Schlussstrich ziehen möchte. Perspektiven für ein tragfähiges Miteinander von Juden und Christen lassen sich nur gewinnen, wenn das Geschehene aufgearbeitet und in einen neuen Zusammenhang gestellt wird. Den Schlüssel dafür sehe ich in der Inschrift, die über der Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem steht, die

## BISCHOF HEINZ JOSEF ALGERMISSEN

hinterfragt die Rolle der Gesellschaft in der Reichspogromnacht und formuliert Konsequenzen für das christlich-jüdische Verhältnis.



Der Autor (70) ist seit 2001 Bischof von Fulda.

den Opfern der Shoa gewidmet ist: „Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.“

Der Prozess solcher erinnernden Aufarbeitung ist die Bedingung der Möglichkeit dafür, dass deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger jüdischen Glaubens sich als wichtiger Bestandteil unseres Landes und dieser Gesellschaft sehen können. Entscheidend ist, dass wir die Basis für ein verstehendes Miteinander so früh wie möglich legen, sei es im Religions- und Geschichtsunterricht oder wenn Schulklassen jüdische Kulturzentren und Synagogen besuchen. Nur aus der Bereitschaft zur Begegnung können Verständnis und Wertschätzung wachsen. Dies ist auch der beste Weg, gerade junge Menschen gegen neues antisemitisches Gedankengut immun zu machen.

Angestoßen durch das Zweite Vatikanische Konzil haben wir neu gelernt, dass etwa der ökumenische Dialog der getrennten christlichen Kirchen nur dann Substanz hat, wenn die Neubestimmung auf das gemeinsame Erbe aus dem Judentum erfolgt. Ich bin davon überzeugt, dass die Spaltung der Christenheit dauerhaft nur überwunden werden kann, wenn diese einen neuen Bezug zum Geheimnis der Sendung Israels findet, etwa im Sinn einer Einsicht im Römerbrief des Apostels Paulus, wo davon die Rede ist, dass die Kirche in den Wurzelstock Israels eingepropft ist und aus dieser Verbindung Kraft bezieht (vgl. Röm 11,17).

Ein großes Vorbild ist in diesem Zusammenhang Papst Johannes Paul II., dem die Versöhnung mit den Juden ein zentrales Anliegen war. Unvergesslich bleibt mir sein Schuldbekenntnis am ersten Fastensonntag des Jubiläumjahres 2000, als er in einer der Vergebungsbitte bekannte: „Gott unser Vater. Wir sind zutiefst betrübt über das Verhalten aller, die im Laufe der Geschichte deine jüdischen Söhne und Töchter leiden ließen. Wir bitten um Verzeihung und wollen uns dafür einsetzen, dass echte Brüderlichkeit herrsche mit dem Volk des Bundes ... Die Kirche verurteilt Rassismus in jeder Form als eine Leugnung des Abbildes Gottes in jedem menschlichen Wesen.“ Dieses Bekenntnis, vom Papst am 23. März 2000 symbolkräftig an der Jerusalemer Klagemauer hinterlegt, verlangt nach dem Wächterdienst der Erinnerung. Denn Vergessen-Wollen birgt in sich die Gefahr der Wiederholung des Unheils.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

## Münchner Merkur

## Seehofer griff zur Notbremse

Der „Münchner Merkur“ meint zur möglichen Nutzung von Maut-Daten:

Selten ist ein politischer Versuchsballon derart schnell geplatzt: Zum Frühstück vernahmen die Bürger den Ruf aus dem Bundesinnenministerium nach einer Nutzung von Maut-Daten für die Verbrechensbekämpfung; kurz nach

Mittag bezeichnete Ressortchef Hans-Peter Friedrich das Thema bereits als „erledigt“. Einerseits deshalb vermutlich, weil es den zeitgleichen Versuch des bayerischen Innenministers Joachim Herrmann torpediert hätte, die bayerischen Christsozialen als Datenschutz-Garanten zu profilieren, andererseits, weil ein solches Vorhaben vor dem Hintergrund des NSA-Skandals geradezu tolldreist wirken muss. Mit politischer Instinkttlosigkeit ist das Ganze nur unzureichend beschrieben. Kein Wunder, dass CSU-Chef Horst Seehofer erobst zur Notbremse griff.

## DIE MEINUNG DES LESERS

## Gesundheit ist keine Ware

Zum Artikel „SPD beklagt Überversorgung bei Kliniken“ und dem Kommentar „Unpopulär, aber richtig“ von Christof Schneider (4. November, S. 2 und 4).

Es war Prof. Dr. Karl Lauterbach, der seinerzeit im Namen der SPD die letzten „Gesundheitsreformen“ auf den Weg brachte, die z. B. dazu führten, dass es Mengenbegrenzungen für niedergelassene Ärzte gibt und dass Kliniken rote Zahlen

schreiben, da für bestimmte Erkrankungen nur bestimmte Pauschalen vergütet werden. Bei dem ständig steigenden Anteil älterer multimorbider Patienten werden die tatsächlichen Kosten nicht mehr abgebildet und die Kliniken zahlen drauf. Die sich ausweitenden bürokratischen Anforderungen kosten auch Personal und Geld, werden jedoch nicht vergütet. Pflegepersonal und Ärzte arbeiten am Limit. Deshalb wird „rund um die Uhr“ operiert. Auch wenn es noch so oft nachgeplappert wird – wir haben nicht zu viele oder unnötige Hüft- und Knieendoprothesen-Operationen. Unter den

gegebenen Lebens- und Ernährungsumständen ist der künstliche Gelenkersatz die einzige Möglichkeit der Vermeidung von Immobilität und übermäßigem Schmerzmittelkonsum. Schon jetzt warten Patienten z. T. Monate auf Termine bei Fachärzten, von der Politik erwünscht sind wohl Verhältnisse wie in Großbritannien, wo (Kassen)patienten über ein Jahr auf Operationstermie für Gelenkersatz warten müssen. Gesundheit ist keine Ware und darf nicht durch künstlich geschaffene ökonomische Zwänge begrenzt werden. Weniger künstliche Gelenke werden wir erst brauchen,

wenn Bewusstsein, Ernährung und Verhalten der Menschen sich umfassend ändern und die Methoden der Naturheilkunde breite Anwendung finden. Bis dahin wünsche ich Prof. Dr. Lauterbach eine medizinische Behandlung nach den gesetzlichen Krankenkassenrichtlinien – zweckmäßig und ausreichend (also Note 4) – mit Verweigerung von Massagen für den schmerzenden Rücken wegen Budgetüberschreitung des Arztes und 8 Monaten Wartezeit auf eine Operation.

Dr. med. Adriana Raslan Hünfeld